

Pressemitteilung

„Wir gedenken den Opfern des rechtsterroristischen Attentats in Hanau“

Noch immer sind wir zutiefst erschüttert und fassungslos über das grausame Attentat in Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 neun Menschen kaltblütig ermordet und fünf weitere verletzt wurden. Der Täter handelte ohne Zweifel aus rechtsextremistischen und rassistischen Motiven. Sowohl die Tat, ihre Motivation als auch die Namen der Opfer dürfen nicht vergessen werden.

Wir leiden mit den Angehörigen und trauern um:

Ferhat Unvar - Gökhan Gültekin - Hamza Kurtović - Said Nesar Hashemi – Sedat Gürbüz - Mercedes Kierpacz - Kalojan Velkov - Vili Viorel Păun - Fatih Saraçoğlu

Innerhalb von acht Monaten war es im Februar letzten Jahres bereits der dritte rechtsterroristische Anschlag in Deutschland. Dieser Umstand verdeutlicht, dass Rechtsextremismus und Rassismus weiterhin eine reale Gefahr für die Sicherheit von Minderheiten darstellen.

Wir fordern die Politik auf, sich nicht nur mit den konkreten Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus zu beschäftigen, sondern in einem stärkeren Maße auch mit dessen Ursachen. Sie ist auch dringend aufgefordert, Maßnahmen zur Eindämmung von Rechtsextremismus einzuleiten, damit die Zahl der Opfer nicht weiter ansteigt. Recherchen über rechtsextremistische Angriffe und die Erfahrungen der Opferangehörigen verdeutlichen immer wieder, dass nach solchen Angriffen der Umgang, die Ermittlungen und die Aufarbeitung durch Behörden und Politik häufig lückenhaft sind. Der Staat ist dazu verpflichtet, Straftaten lückenlos aufzuklären. Das ist er den Opferangehörigen und Überlebenden schuldig.

Als Antidiskriminierungsverein erwarten wir von den Sicherheitsbehörden und auch von den Medien, nicht von psychisch kranken ‚Einzeltätern‘ zu sprechen. Das relativiert die Gefahr, die von solchen Personen ausgeht. Es wurde sehr früh bekannt, dass der Attentäter von Hanau über eine globale Zuhörerschaft im Internet verfügte und dort seinen rassistischen Gedanken freien Lauf ließ. Sowohl der Rechtsstaat als auch wir als Gesellschaft müssen uns dem entgegenstellen und Menschen mit rechtsextremistischem Gedankengut keine Reichweite und keine Plattform bieten.

Köln, den 19.02.2021